

„Es wird in erster Linie nur noch abgewickelt“

Das Pumpsystem des Ostblocks ist zusammengebrochen, im Ost-Geschäft läuft nicht mehr viel

Für Bundesdeutschlands Manager-Elite fing das neue Jahr schlecht an.

AEG-Chef Heinz Dürr verbrachte seinen Urlaub im Engadin mehr mit geschäftlichen Telefonaten als mit Langlauf. Der bereits unterzeichnete 700-Millionen-Mark-Auftrag für das Erdgas-Röhrenprojekt mit den Sowjets war plötzlich gefährdet. Nach dem Ost-Embargo von US-Präsident Ronald Reagan fällt der amerikanische Zulieferer General Electric aus. Ohne die Rotoren aus den USA aber kann die AEG-Tochter Kanis keine Gasturbinen für die UdSSR bauen.

Hans Friderichs, den Chef der Dresdner Bank, ereilten die schlechten Nachrichten aus dem Osten ebenfalls beim Wintersport, im schweizerischen Lenzerheide, wo er sich im Chalet des CDU-Politikers Walther Leisler Kiep einquartiert hatte. Der Bankier sollte möglichst bald nach Warschau kommen. Dort eröffnete ihm der Präsident der polnischen Bank Handlowy, Marian Minkiewicz, Polen könne seine rückständigen Zinsen in Höhe von knapp drei Millionen Dollar nicht zahlen.

In unerfreulicher Ost-Mission begann auch für Friedrich Wilhelm Christians, Sprecher der Deutschen Bank, am vorletzten Montag das neue Arbeitsjahr. In Bonn versuchte er dem Bundeskanzler schonend beizubringen, daß die deutschen Geldverleiher zum ersten Mal den Russen einen Kreditwunsch abschlagen müssen.

Die deutschen Banken, so Christians, seien nicht bereit, den von den Sowjets kurz vor Weihnachten erbetenen Zusatzkredit von 300 Millionen Mark für das Erdgas-Röhren-Geschäft zu bewilligen. Das Geld hat Moskau sich borgen wollen, um die Anzahlung für die Maschinen-Lieferungen aus dem Westen zu leisten.

Es sei daher auch ganz natürlich, so Christians zu Helmut Schmidt, daß er und seine sechs Kollegen von der deutsch-sowjetischen Banken-Kommission nicht wie verabredet Anfang Februar nach Moskau reisen wollten.

Daß die Bankiers, die vor Monaten noch ihre Partner in Moskau hofierten, wann immer es ging, nun nicht mal mehr Besuchstermine einhalten wollten, brachte den Kanzler in Rage. Schließlich stunden, schimpfte Schmidt, nicht nur wirtschaftliche, sondern auch politische Interessen auf dem Spiel. Doch der Bankier blieb bei seiner Entscheidung.

Dem Kanzler gestand der Chef des größten deutschen Geldhauses nur eins zu: Er und seine Bank-Kollegen wollten sich in den nächsten Wochen jeder öffentlichen Stellungnahme zum Ost-Geschäft enthalten. Wilfried Guth, neben



Bankier Christians (r.), sowjetischer Verhandlungspartner*: Der Bruch ist da

Christians oberster Chef der Deutschen Bank, strich daraufhin sogleich einige Passagen aus einer Rede, die er vor 600 geladenen Gästen aus der Industrie hielt.

Spitzen-Industrielle taten es den Bankern gleich. Otto Wolff von Amerongen, Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT), und Rolf Rodenstock, Industrieverbands-Chef, versprachen Schmidt, ihre Befürchtungen über die Entwicklung des Ost-West-Handels draußen nicht kundzutun.

Die selbstaufgelegte Schweigepflicht kann jedoch nicht vertuschen: Der Bruch ist da, im Osten läuft nicht mehr viel. Das Geschäft mit den Staatshandelsländern droht auf das Niveau der fünfziger und der sechziger Jahre zurückzufallen.

Ein Jahrzehnt lang hat der Osthandel der Deutschen bestens floriert; von Jahr zu Jahr gab es, quasi naturgesetzlich, neue Geschäftsrekorde.

Das Mismanagement in den östlichen Planwirtschaften vor allem, dazu aber auch der Kurs der Russen in Polen und Ronald Reagans Embargo lassen nun die Geschäftsaussichten im Osten trüb erscheinen. Die fetten Jahre im Osthandel sind mit Sicherheit vorbei; und das hat nicht nur wirtschaftliche, das kann auch politische Konsequenzen haben.

Den Handel mit den Staaten der östlichen Wirtschaftsgemeinschaft, dem Comecon, hatte Kanzler Willy Brandt an

fang der siebziger Jahre als wichtigsten Bestandteil seiner Entspannungspolitik gen Osten angesehen. Nach Brandts Zwei-Säulen-Theorie, die auch der Nachfolger Schmidt übernahm, sollten die Wirtschaftsbeziehungen neben einem Geflecht von politischen Vereinbarungen als zweite Stütze beim Brückenbau nach Osten dienen. Der Osthandel, so die Überlegung, sollte auf beiden Seiten Abhängigkeit und Verflechtungen schaffen.

Für Helmut Schmidt, und da ist er mit Reagan quer, bedeutet der Osthandel „ein Stück Sicherheitspolitik“. Die Geschäfte mit den kommunistisch beherrschten Ländern dienten dem Frieden, weil sie gerade in Zeiten, in denen es politisch hakt, für feste Verbindungen sorgen könnten.

Vor zwei Jahren noch bewährte sich die Bonner Ost-Doktrin. Kurz nach der Invasion der Sowjets in Afghanistan, als Washington sein erstes Handelsembargo verhängte und Bonn sich, wenn auch zögerlich, dem großen Bruder anschloß, da waren es die deutschen Bosse, die unbeirrt den Kontakt zu ihren roten Kollegen hielten.

Demonstrativ flogen westdeutsche Manager nach Moskau und in Satelliten-Hauptstädte. Krupp-Verweser Berthold Beitz und BP-Chef Hellmuth Budden-

* Außenhandelsminister Wiktor Michailowitsch Iwanow; bei den Verhandlungen über das Gas-Röhren-Kreditgeschäft im vorigen Jahr.

berg waren die ersten, die wenige Wochen nach Afghanistan bei Sowjetfunktionären vorsprachen.

Der Stahlhändler Willy Korf flog zum Vortrag vor russischen Technikern ein, Linde-Vorstand Joachim Müller gab persönlich ein Angebot ab, und Babcock-Chef Hans Ewaldsen empfahl sich auf der Einweihungsparty seines neuen Moskauer Büros für weitere Geschäfte.

Mit von der Partie waren damals auch Mannesmann-Chef Egon Overbeck und Klaus Liesen von der Ruhrgas. Die beiden reisten an die Moskwa, um sich das größte Industrievorhaben der Sowjets in Sibirien für deutsche Fabriken zu sichern. Eine solche Offerte aus dem Osten hatte es jedenfalls noch nie gegeben: Das Jamal-Projekt versprach den Deutschen jährliche Gaslieferungen von 10,5 Milliarden Kubikmeter bis ins Jahr 2009 und Aufträge zur Lieferung von Anlagen und Röhren im Wert von 20 Milliarden Mark – fast soviel wie alle 3000 Osthändler 1980 in allen osteuropäischen Staaten losschlugen.

Den Sowjets kamen die Auftritte der deutschen Wirtschafts-Touristen sehr gelegen. Um dem Volk zu beweisen, daß der Kontakt zum Westen keineswegs abgerissen sei, zeigten sie die Besucher aus dem kapitalistischen Deutschland in ihrem Fernsehen.

Selbst als der politische Draht zwischen Bonn und Moskau vorübergehend durch den Boykott der Olympischen Spiele gestört war, liefen die Geschäfte wie geschmiert weiter.

Deutsche Unternehmen belieferten Olympia '80, als würden die Spiele daheim stattfinden. Ohne Daimler-Benz oder Salzgitter, ohne Küppersbusch oder Kalle, Osram, Siemens oder SEL, ohne mittelständische Firmen wie den Schwarzwälder Automatenfabrikanten Ortman hatte das Sport-Spektakel nicht rechtzeitig starten können.

„Business as usual – die Geschäfte laufen normal“ – meldete damals der Vorsitzende des Ost-Ausschusses der Industrie, Otto Wolff, nach Bonn.

Rund 3000 westdeutsche Firmen verdienten im Geschäft mit den Staatshandelsländern. 220 000 Arbeitnehmer sind für den Osthandel tätig, errechnete das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung.

Zum gesamten bundesdeutschen Exportgeschäft trägt der Osthandel zwar nur rund fünf Prozent bei; das ist nur wenig mehr, als mit der Schweiz abgewickelt wird. Doch für jene Firmen, die sich besonders auf die Verkäufe im Osten gestützt haben, sind die Aufträge aus den Staatshandelsländern existenzsichernd. Beim Salzgitter-Konzern etwa machte das Ost-Geschäft 1980 rund 30 Prozent des Exports aus, bei Thyssen immerhin zehn Prozent, bei Krupp acht Prozent.

Lange Zeit bevor die Bonner Politiker die ersten ernsthaften Kontakte nach Osten knüpften, hatten die Manager die

Wege geplant. Otto Wolff war einer der ersten. Mitte der Fünfziger, zu Adenauers Zeiten, verkaufte er den Polen, Rumänen und Russen Schienen, Bleche, Montageanlagen und Autos. Wenn nicht bar bezahlt wurde, nahm er im Gegengeschäft auch Rohstoffe und Pelze ab.

Anfang der siebziger, nach Abschluß des Moskauer Vertrags, ging es dann erst richtig los. Krupp baute im Kombinat Mogilen in der Nähe von Minsk zwei Chemiefabriken. Die Linde AG errichtete im Kaukasus ein petrochemisches Werk zur Gewinnung von Olefin. Am besten kamen die Mannesmann mit den Sowjets ins Geschäft: Sie lieferten im letzten Jahrzehnt sieben Millionen Tonnen Großrohre.

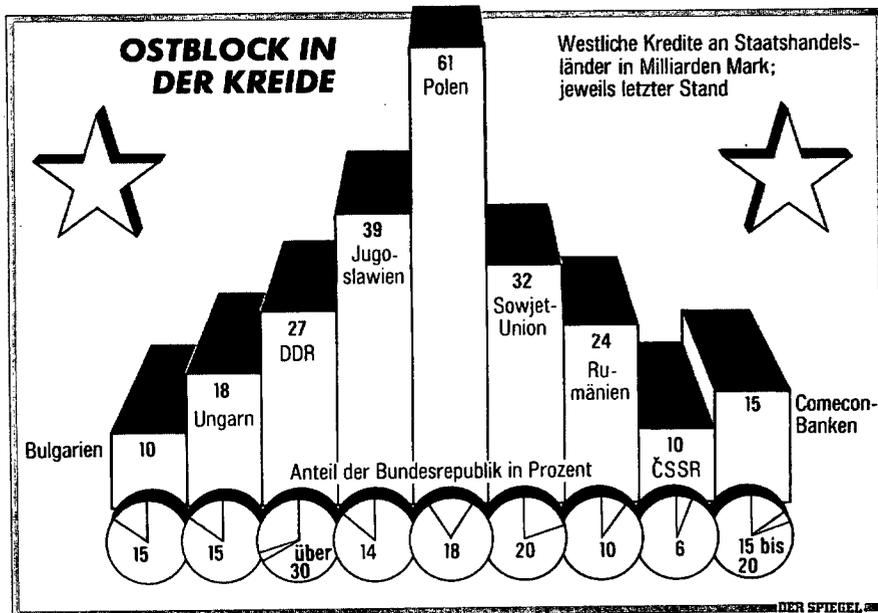
Die Deutschen verkaufen modernste Technik. Der Oberhausener Maschinenbau-Konzern Babcock stattet russische

Stranggußanlagen von Mannesmann Demag vergessen. Und mit Baggern von Orenstein & Koppel wird im polnischen Tagebau Kohle geschürft.

Während in den frühen Jahren des Ostgeschäfts von drüben nach hüben vorwiegend Hochprozentiges und Delikatessen wie Wodka und Slibowitz, Mastgänse und Salami, Krim-Sekt und Kaviar kamen, strömten im letzten Jahrzehnt allmählich auch Spezialmaschinen oder hochwertige Anlagen von Ost nach West.

Knapp die Hälfte aller Gegenlieferungen machen allerdings Energie und Rohstoffe aus. Bei Rohnickel, Rohtitan und Palladium gehört die UdSSR sogar zu den jeweils drei wichtigsten Lieferanten der Bundesrepublik.

Ein Sechstel des bundesdeutschen Verbrauchs an Erdgas stammt aus Bla-



Kraftwerke mit hochwertigen Armaturen aus. Siemens liefert moderne Computer zur Steuerung von Stahlwerken und zur Abfertigung von Flugpassagieren.

Am Aufbau des gigantischen sowjetischen Stahlkombinats in Kursk wurden deutsche Anlagenbauer die wichtigsten Helfer. Salzgitter zieht für 200 Millionen Mark eine Erz-Transportanlage und eine Eisenschwamm-Fabrik hoch. Krupp baut dort ein Stahlwerk für 350 Millionen Mark. Korf und die Metallgesellschaft-Tochter Lurgi liefern die Direktreduktionsanlage für knapp eine halbe Milliarde Mark.

Was der große Bruder im Kreml vor machte, konnte er seinen Satelliten nicht verwehren. Und so blühte denn der Handel mit Polen, Ungarn, Rumänien, der ČSSR und ganz besonders mit der DDR auf.

Rumänisches Rohöl wird heute in petrochemischen Anlagen verarbeitet, die von der Hoechst-Tochter Uhde geliefert wurden. Ostdeutscher Stahl wird auf

am Ural. 55 Prozent des in Kernkraftwerken gespaltenen Urans kam 1978 aus sowjetischen Anreicherungsanlagen. „Bei soviel gegenseitiger Verflechtung“, meint Otto Wolff, „fällt es schwer zu sagen, wer von beiden Seiten den größeren Nutzen hat.“

Nach der üblichen Außenhandelsarithmetik wären es die Deutschen, die mehr profitiert haben. Lange Jahre verkauften sie weit mehr im Osten, als die Staatshändler in der Bundesrepublik losschlagen konnten.

Von 1970 bis 1975 stieg der westdeutsche Export in die europäischen Staatshandelsländer, fast um das Dreifache, von 7,2 Milliarden auf 19,8 Milliarden Mark. Die Importe verdoppelten sich nur von sechs Milliarden auf 11,3 Milliarden Mark.

Erst in der zweiten Hälfte der Siebziger zogen die Ostländer nach. Die Einfuhren aus dem Osten schnellten 1980 auf 21,3 Milliarden, die Ausfuhren kletterten nur allmählich auf 22,5 Milliarden Mark. 1980 schließlich lagen die Come-

con-Länder nur noch mit 1,2 Milliarden Mark im Lieferdefizit.

Der schlichte Vergleich von Einkäufen und Verkäufen liefert freilich nur ungenügend Aufschluß darüber, wem das Ostgeschäft am meisten genutzt hat. Vollständig wird das Bild erst, wenn bedacht wird, wie alles beglichen wurde: Die Deutschen zahlten für die Lieferungen aus dem Osten mit selbst verdientem Geld, die Comecon-Länder allzu häufig mit geliehenem – aus dem Westen, vorzugsweise aus der Bundesrepublik.

Mit einem einleuchtenden Konzept hatten die Funktionäre bei den deutschen Banken Geld in großen Mengen lockergemacht: Mit den Krediten wollten sie ihre Industrie modern ausrüsten; in den neuzeitlichen Fabriken lasse sich dann Ware für den West-Export herstellen; aus diesen Devisen-Erlösen schließlich könnten die Kredite zurückerstattet werden.

Weil ihnen die Bonität der volkseigenen Banken ohnedies über alle Zweifel erhaben schien, erfüllten die deutschen Geldhäuser bereitwillig jeden Kreditwunsch. Und weil sie im Zuge der Brandtschen Entspannungspolitik im Osten neue Dauerkunden witterten, unterboten bundesdeutsche Banken sich bei den Zinskonditionen. Walter Hesselbach, ehemals Chef der Bank für Gemeinwirtschaft: „Wie wild sind sie alle hinter den Krediten hergerannt.“

Es gab keinen Anlaß zum Argwohn. „Die Russen, aber auch die anderen, waren für uns stets pünktliche und zuverlässige Zahler“, weiß Helmut Guthardt, der Chef der Deutschen Genossenschaftsbank in Frankfurt.

Allein in den fünf Jahren von 1970 bis 1975 wuchsen die Schulden der Comecon-Länder gegenüber westlichen Banken von 16,8 auf 66,5 Milliarden Mark. Die Hessische Landesbank beteiligte sich sogar an einer polnischen und an einer jugoslawischen Außenhandelsbank; die Deutsche Genossenschaftsbank gründete mit Rumänien eine gemeinsame Tochter in Frankfurt.

Das Vertrauen in die Stabilität und die Zahlungskraft der stramm diktatorisch geführten Ost-Staaten war bei den traditionell konservativen deutschen Bankiers auch nicht zu erschüttern, als US-Banken wie die Chase Manhattan oder die Morgan Guaranty Trust ihre Ostkredite einfroren. Die Deutschen stiegen dafür um so stärker ein.

Mittlerweile steht der Osten im Westen mit 236 Milliarden Mark in der Kreide; fast ein Fünftel davon haben bundesdeutsche Banken zu kriegen.

Noch im Herbst 1980, bei den Verhandlungen über das Erdgas-Röhrenprojekt, hatten die deutschen Banken nicht die geringsten Bedenken. In einer „Absichtserklärung“ dienten 50 Institute den Sowjets zehn Milliarden Mark zu einem Vorzugszins von siebendreiviertel Prozent an; marktüblich waren damals zwölf und mehr Prozent.

Schon ein halbes Jahr später kam für die deutschen Bankiers das böse Erwachen. Ein Telex aus Warschau – Datum: 26. März 1981 – zwang zum Umdenken. Fernschriftlich teilte Finanzminister Marian Krzak mit, daß Warschau für die auf 61 Milliarden Mark aufgelaufenen West-Schulden weder die fälligen Rückzahlungsraten noch die Zinsen aufbringen könne.

Für die deutschen Kreditgeber war das ein harter Schlag. Bei fast allen westdeutschen Geldhäusern sind die Polen dick verschuldet. Während beispielsweise bei der Bank of America, dem zweitgrößten Kreditinstitut der Welt, das Polen-Engagement mit 287 Millionen Mark nur drei Prozent des Eigenkapitals ausmacht, steht die Commerzbank mit 600 Millionen Mark oder 25 Prozent des Eigenkapitals im Polen-Risiko. Die Bank für Gemeinwirtschaft hat sich sogar mit 780 Millionen Mark in Warschau engagiert – fast die Hälfte ihres Eigenkapitals.

Gläubiger wie Christians, Friderichs oder Hesselbach konnten zunächst noch hoffen, Polen sei wegen seiner innenpolitischen Krise ein Sonderfall. Doch dann, Mitte 1981, kamen auch die mit 24 Milliarden Mark im Westen verschuldeten Rumänen in Zahlungsnot. Sie ließen Wechsel platzen und erfüllten Devisentermingeschäfte nicht, die sie zur Bezahlung von Rechnungen eingegangen waren. Bundesdeutsche Lieferanten müssen oft sechs bis acht Monate auf ihr Geld aus Bukarest warten – wenn die Rumänen überhaupt zahlen.

Es war wie bei einer Kettenreaktion unter kapitalistischen Banken: Inzwischen vermelden Insider, daß auch die Bulgaren Mühe haben, die Zinsen für ihre Westkredite termingerecht zu zahlen.

Selbst die DDR, die aus einem zinslosen Überziehungskredit, dem innerdeutschen Swing, Geschäftsvorteile zieht, wird klamm und klammer. Mittlerweile müssen die Ostdeutschen, mit 27 Milliarden Mark im Westen verschuldet, bereits 56 Prozent ihrer Exporterlöse für den Zinsdienst aufbringen; vor zwei Jahren waren es noch 37 Prozent.

Daß auch der Kreml knapp bei Kasse ist, fiel zuerst Schweizer Bankiers auf. Im November vorigen Jahres registrierten sie, daß die Moskauer Guthaben auf westlichen Devisenkonten von rund 20 Milliarden Mark Ende 1980 auf acht Milliarden geschrumpft waren. Goldhändler in Luxemburg und London, Singapur und Zürich meldeten, daß die Russen gleich tonnenweise ihre Goldbestände zu Bargeld machten.

Die deutschen Bankiers wurden erst stutzig, als Moskau um die Jahreswende auf dem Eurokredit-Markt zwei Milliarden Mark suchte. Wie sehr es selbst den Sowjets an West-Devisen mangelt, wurde schließlich Ende letzten Jahres mit dem Kreditwunsch an die Jamal-Banken offenbar.

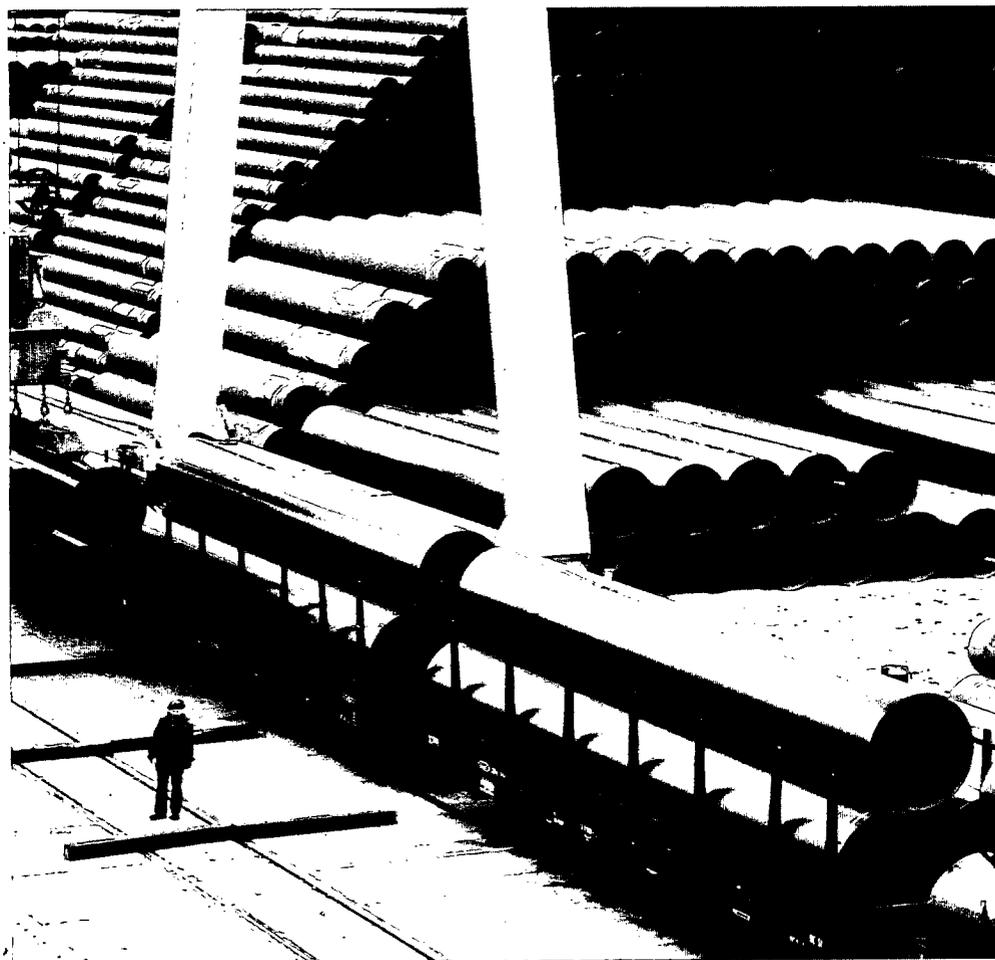


Röhrenverladung im Hamburger Freihafen:

Der Kreml konnte es nicht mehr verbergen: Das gesamte Pumpsystem des Ostblocks ist zusammengebrochen, die Volkswirtschaften des Comecon sind praktisch pleite. Nur notdürftig können die Sowjets – die mit ihren Rohstoffen noch die meisten Westdevisen einfahren – die Löcher in den Kassen der Satelliten und im eigenen Haushalt stopfen; das Geld reicht gerade, um die ärgsten Versorgungsprobleme zu lindern.

Für Überweisungen an die westlichen Banken oder zum Bezahlen von Industriegütern aus dem Westen bleibt nicht viel auf den Konten. Am 28. September 1981 mußte Otto Wolff für Kollegen aus der Stahlindustrie längst überfällige Überweisungen anmahnen. Zwar zahlten die Russen noch einmal, doch Ende vorigen Jahres baten sie um einen neuen Zahlungsaufschub von 120 Tagen, Anfang des Jahres waren es bereits 180 Tage.

Die vielen gepumpten West-Devisen wurden offenbar für Fehlinvestitionen verpulvert. Es konnte nicht anders kommen: In einem Wirtschaftssystem, in dem Kosten keine Rolle spielen, sondern allein der Ausstoß zählt, in dem die Preise nicht als Knappheitsmesser dienen, sondern von Behörden willkürlich verordnet werden, in dem die Produktion sich nicht an der Nachfrage orientiert, sondern von einer fernen Admini-



Die Exporte in die Sowjet-Union gingen um 26 Prozent zurück

stration befohlen wird – in einem solchen System ließ sich der Niedergang mit West-Devisen und West-Maschinen allenfalls hinauszögern, aber letztlich nicht verhindern. Hätten die Polen nicht ihre Kohlen, die Sowjets nicht ihr Gas und Öl, der Eklat wäre schon viel früher eingetreten.

Wie die gar nicht so schlechte Ausgangs-Idee – West-Anlagen werden auf Pump gekauft, die Kredite mit dem West-Erlös aus den Produkten abgestottert – in der totalitären Praxis zum totalen Fehlschlag mißbrüt, dies erhellt am besten der Fall Polen (siehe Seite 98).

„Rauschen wir in eine Situation des business as unusual hinein – nur wenig läuft noch?“ fragt sich Osthändler Wolff bange.

Zum Erliegen kommt der Osthandel gewiß nicht, aber die Aufträge werden nicht mehr so üppig wie bisher überkommen. Dieser Trend ist bereits erkennbar; die Stahlbestellungen wurden, beispielsweise, um 40 Prozent gekürzt.

Im Oktober hinkten die deutschen Exporte in die Sowjet-Union bereits um 26 Prozent hinter dem Vorjahr zurück. Moskau hat in den ersten zehn Monaten 1981 so heftig auf die Importbremse getreten, daß die Russen hierzulande für 990 Millionen Mark mehr absetzten als deutsche Unternehmen in der Sowjet-Union.

Den Aktiv-Saldo verdanken die Sowjets aber keineswegs dem gesteigerten Verkauf von Produkten „Made in USSR“, sondern den drastischen Preisaufschlägen für die Energielieferungen in den Westen.

Daß mit den Funktionären nicht mehr so leicht Geschäfte zu machen sind wie früher, bekamen die deutschen Industrieführer bei ihren Verhandlungen deutlich zu spüren. Ein Manager aus der Gutehoffnungshütte: „Neuerdings quetschen sie die Preise viel brutaler aus.“

Während Moskau früher für Großprojekte einen Generalunternehmer engagierte, der für alle Arbeiten und Lieferungen von der Planung bis zur Fertigstellung verantwortlich war, vergab die Funktionärs-Kundschaft zuletzt grundsätzlich nur noch Teilaufträge.

Jede Gelegenheit, West-Devisen zu machen, wird genutzt. So hat vor Jahresfrist Moskau die Mieten für die Büros der bundesdeutschen Konzerne in der Sowjet-Hauptstadt um 35 bis 100 Prozent erhöht.

Zugleich wurde die Bewegungsfreiheit der West-Manager mehr und mehr eingeschränkt. Sie müssen vierteljährlich Kreml-Funktionären schriftlich nachweisen, mit wem und worüber sie verhandelt haben. Die Vertreter des Stuttgarter Bosch-Konzerns waren schließlich so verärgert, daß sie ihr Büro auflösten.

Für viele Firmen lohnt es sich schon nicht mehr, die Niederlassungen, die mit Büro- und Personalkosten im Schnitt rund zehn Millionen Mark pro Jahr kosten, zu unterhalten. BfG-Sprecher Dieter Hoffmann: „Es wird in erster Linie nur noch abgewickelt.“

In den letzten Wochen berichteten die Moskau-Dependancen ihren deutschen Zentralen, daß die Russen wieder auf der Bezahlungsmethode aus der Steinzeit des Ost-West-Handels bestehen – statt Ware gegen Geld nur noch Ware gegen Ware. Rumäniens Staatschef Nicolae Ceauşescu gab an seine Importgesellschaften die Anweisung, für westliche Waren nur noch in Ausnahmefällen Geld auszugeben.

Einer der größten Tauschhändler zwischen Ost und West, der in München ansässige Peter Aladjov, sieht Grund zur Freude: „Ich rechne damit, daß die Kompensationsgeschäfte nun wieder verstärkt zunehmen. Denn der Osten braucht dringend Ersatz für seine veralteten Maschinen.“

Wer, wie der Chemie-Konzern Hoechst, nur ungern Ware in Zahlung nehmen will, muß warten, bis die „Finanzdurststrecke überwunden ist“, befand Vorstandsmitglied Uwe Jens Thomssen.

Doch da kann er noch lange warten. Aus dem Westen wird es vorerst keine Geldspritzen mehr geben. Bankenpräsident Harald Kühnen hielt für seine Mitglieder einen schlichten Rat bereit: „Keine Risiken mehr eingehen.“

Die deutschen Geldanleger können schon froh sein, wenn sie mit ihren bisherigen Ausleihungen keine allzu starken Blessuren davontragen. Die deutschen Geld-Konzerne sind durch Fehlspekulationen mit Wertpapieren und Schieflagen bei Festkrediten ohnehin schon so strapaziert, daß sie Milliarden-Ausfälle im Osten besonders hart treffen.

„Das Ost-Risiko“, prophezeit BfG-Chef Hoffmann, „wird noch bis Ende der 80er Jahre eine ganze Generation von Bankenvorständen prägen.“

Einige der Bankiers wären froh, wenn sie sich jetzt noch schnell aus laufenden Kreditverträgen rausschleichen könnten. Auf der Sitzung des Jamal-Banken-Konsortiums am Dienstag voriger Woche in Düsseldorf plädierten die Abgesandten zweier Großbanken – der Commerzbank und der Bayerischen Landesbank – dafür, den Vertrag über den 2,5-Milliarden-Kredit für das Jamal-Projekt vorerst ruhen zu lassen.

So weit, scheint es, wollen es die Sowjets denn doch nicht kommen lassen. Vorigen Donnerstagabend ging bei der Dresdner Bank ein Telex aus Warschau ein. Die Polen ließen wissen, sie wollten versuchen, die rückständigen Zinsen für 1981 bis Mitte Februar zu zahlen.

Das Geld, so meinen Frankfurter Banker, könne nur aus Moskau kommen. ♦